

Niederschrift

über die 16. Sitzung des Ausschusses für Generationen, Bildung und Sport (GBS) am 22.09.2021

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:10 Uhr
Unterbrechungen:
Anwesenheit: Soll: 11
Ist: 11 = 100 %

Ratsfrau Barthel (fraktionslos) ab 17:10 Uhr anwesend.

Vor Eröffnung der 16. Sitzung verweist RH Giermann (CDU) auf den Mitschnitt der 16. Sitzung des Ausschusses für Generationen, Bildung und Sport (GBS) und fragt dazu die Zustimmung ab. Alle Anwesenden sind einverstanden und RF Barthel gab um 17:10 Uhr ebenfalls ihre Zustimmung. Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen.

1. Eröffnung und Begrüßung

Ratsherr Giermann (CDU), Vorsitzender des Ausschusses für GBS, eröffnet die 16. Sitzung des Ausschusses für GBS, begrüßt die Mitglieder des Ausschusses und die anwesenden Gäste.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

- Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung
- Feststellung der Anwesenheit

Ratsherr Giermann (CDU) stellt den ordnungsgemäßen Zugang der Einladung am 10.09.2021 und der Ergänzung der Einladung am 17.09.2021, sowie die Anwesenheit von 10 Mitgliedern in Präsenz um 17.00 Uhr fest. Die Beschlussfähigkeit ist hergestellt.

3. Abstimmung über die Art der Durchführung der nächsten Sitzung

Ratsherr Giermann (CDU) schlägt vor, die nächste Ausschusssitzung ebenfalls als hybride (teils digitale und präsente Teilnahme) Sitzung durchzuführen. Er informiert, dass es zur heutigen Sitzung keine Anmeldung für digitale Teilnahme gab und verweist darauf, dass für die nächste Sitzung bis 15.00 Uhr des Vortages der Sitzung die digitale Teilnahme bei der Verwaltung anzuzeigen ist. Die um 17.05 Uhr anwesenden Mitglieder (10) des Ausschusses für GBS stimmen einheitlich dafür.

4. Bestätigung der Niederschrift (15. Sitzung)

Zu der 15. Niederschrift gibt es seitens der Mitglieder keine Hinweise bzw. Änderungen. Die Niederschrift der 15. Sitzung des Ausschusses für GBS am 12.08.2021 wird mit 8 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

5. Informationen, Mitteilungen und Anfragen

Ratsherr Giermann (CDU) berichtet über den Beginn der Interkulturellen Woche 2021 (IKW) am 25.09.2021, um 13.00 Uhr mit der Auftaktveranstaltung und bittet um Teilnahme der Ausschussmitglieder.

Ratsherr Giermann (CDU) informiert über die Sondersitzung des Ausschusses für GBS am 20.10.2021 zum Abschlussbericht der AG Kinder- und Jugendbeteiligung und zur Einladung am 30.09.2021 zum Thema: Vorgespräch zur Wohlfahrtspflege und verweist darauf, dass der Termin nicht stattfindet und ein neuer Termin zeitnah mitgeteilt wird.

Ratsherr Giermann (CDU) übergibt das Wort an Herrn Ramp (ABL SSG).

Herr Ramp (ABL SSG) informiert über den möglichen Termin am 07.10.2021 zum Vorgespräch zur Wohlfahrtspflege. Er hat eine Information für den öffentlichen Teil und zwei für den nichtöffentlichen Teil. Herr Ramp (ABL SSG) berichtet über die Testung der mobilen Lüftungsgeräte und über das bisherige Ergebnis der Tests. Es zeichnet sich ab, dass zwei Geräte in die engere Wahl kommen, da beide von den Schulleitungen als gut bewertet wurden. Hier handelt es sich um ein Gerät der Marke Air Tower, was auf Grund der Größe und Leistung von den Schulleitungen als gut bewertet wurde. Zweites Gerät wird an der Decke montiert und reinigt die Luft mit UVC-Lichtstrahlung, ohne Filter. Auch dieses Gerät kommt in die engere Wahl. Die Absprachen laufen und es wird ein Antrag auf Förderung beim Ministerium des Landes gestellt, um die Mittel zu sichern. Dieser Antrag enthält auch den Bedarf der CO² Ampeln. Sofern alle 230 Klassenräume der Schulen in der Trägerschaft Neubrandenburgs (in denen regelmäßig Unterricht stattfindet) ausgestattet werden, sind es Kosten von max. 730.000 € und 230.000 € Eigenanteil. Es wurde durch den Beschluss der Stadtvertretung 96.000 € ein Eigenanteil zur Verfügung gestellt.

Ratsherr Giermann (CDU) fragt an, ob die Ausschussmitglieder die Möglichkeit hätten, diese Geräte vor Ort anzuschauen. Herr Ramp (ABL SSG) antwortet, dass die Testphase vorbei ist und die Geräte abgeholt wurden. Die Deckengeräte in der GS Datzeberg könnten nach vorheriger Terminabsprache begutachtet werden.

Herr Mühle (SKE) informiert, dass am 08.09.2021 die 1. Sitzung des Festkomitees 775 Jahre Neubrandenburg stattfand. Die Veranstaltungszentrum Neubrandenburg GmbH hat die Hauptorganisation und Herr Mühle (SKE) weist daraufhin, die Frage zu erörtern „Wie kann jeder einzelne Bürger sich selbst einbringen“? Ggf. die Vereine und Schulen mit einzubeziehen.

RH Giermann (CDU) fragt zum Thema soziales Erbe an, ob eine Pressemitteilung darüber erfolgen soll? Herr Ramp (ABL SSG) verweist darauf, im nichtöffentlichen Teil zu antworten.

6. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Durch Ratsherrn Giermann (CDU) wird auf die Ergänzung der Tagesordnung vom 15.09.2021 hingewiesen und er erläutert, dass Herr Prof. Dr. Kai Bauer zeitgleich an der Sitzung des Finanzausschusses teilnimmt und darum der TOP 10 nach TOP 12 zu behandeln ist.

Gleichzeitig begrüßt Ratsherr Giermann (CDU) für den TOP 8, Herrn Hohn, IT-Ansprechpartner der RS Mitte, zu TOP 9 Herrn Nonnenmacher Leiter der IKT Ost und für TOP 10 Herr Prof. Dr. Kai Brauer von der Hochschule Neubrandenburg. Er bittet um Rederecht für die genannten Personen.

Den Rederechten und der geänderten Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

7. Abhandlung der bestätigten Tagesordnung

Öffentliche Beratungsgegenstände

8. Umsetzung des DigitalPakt in Neubrandenburg am Beispiel der Regionalen Schule Mitte (Verwaltung Herr Görbitz und Vertreter der Regionalen Schule Mitte)

Ratsherr Giermann (CDU) begrüßt Herrn Görbitz (Verwaltung) und Herrn Hohn und übergibt das Wort an Herrn Görbitz.

Herr Görbitz (Verwaltung) begrüßt die Mitglieder des Ausschusses und die anwesenden Gäste und berichtet, dass zur Umsetzung des DigitalPakt 2019-2024 ein Anspruch auf Fördermitteln in Höhe von insgesamt 1.562.220,00 € besteht. In der DigitalPakt Umsetzung befanden sich im Jahr 2020 die GS Mitte mit 155.452,00 € Fördermitteln und die RS Mitte mit 179.916,00 € Fördermitteln. Am Beispiel dieser beiden Schulen wird dargestellt, dass 60.185,67 € Eigenkapital notwendig waren und somit zusammen 395.553,57 € eingesetzt wurden. Dazu werden auch die Infrastrukturkosten benannt. Im Jahr 2021 wird der DigitalPakt in der GS Ost, GS Süd, RS Ost, RS Nord und im Jahr 2022 an der GS Nord und GS West sowie für das Jahr 2023 die GS Datzeberg umgesetzt. Die RS Nord wurde mit der GS Datzeberg im RollOut Plan des Landes M-V getauscht, weil das Gebäude der RS Nord saniert wird und der DigitalPakt hier gleich umgesetzt werden kann. Nach der Fertigstellung wird das Gebäude digital voll ausgestattet sein. Es ist vorgesehen, dass jeder Klassenraum mit einer digitalen Tafel und WLAN ausgestattet wird. Die Umsetzung an der RS Mitte und GS Mitte ist gemeinsam beantragt worden, da in einem gemeinsamen Antrag, die Mittel auch untereinander verschoben werden können. Es war an beiden Schulen erforderlich, jeweils ca. 65% der Fördermittel für die Aufbereitung der Infrastruktur einzusetzen.

Weiterhin berichtet Herr Görbitz über das Schülerendgeräteprogramm und verweist auf die Umsetzung der Richtlinie ab 11.08.2020. Der Schulträger hat 181.315,20 € vom Land erhalten. Damit konnten 528 Ipads und dazugehörige Schutzhüllen beschafft werden. Davon wurden in der RS Mitte 84 Leihgeräte ausgereicht.

Dazu möchte Herr Mühle (SKE DIE LINKE) wissen, ob auch private Geräte genutzt werden können, um es in der Schule einzusetzen. Herr Görbitz erklärt, dass in Pandemiezeiten jedes Gerät zu Hause genutzt werden kann, da die Beschulung über webbasierte Systeme erfolgt.

Herr Hohn (IT - Ansprechpartner) erklärt, dass die homogene Ausstattung in der RS Mitte nicht gegeben ist und erklärt, dass 19 Unterrichtsräume vorhanden sind, davon 8 Unterrichtsräume mit Smartboards und PC ausgestattet sind. Homogene Ausstattung ist notwendig, um einen guten Unterricht durchzuführen. Der Unterricht wird ganz anders mit Smartboards vorbereitet. Wichtig ist, dass die Technik beherrscht wird und kompatibel ist. Dazu kommt, dass auch die Lehrkräfte geschult werden müssen. Es gibt ein PC-Kabinett mit 15 Arbeitsplätzen, aber wenn die Rechner nicht auf dem aktuellen Stand ist, gibt es Probleme mit Dateien, sie sind dann nicht kompatibel. Eine homogene Ausstattung der Schule ist unumgänglich.

Ratsherr Donner (SPD) schließt sich der Aussage von Herrn Hohn an und fragt, ob die 84 ausgegebenen Leihgeräte nicht in der Schule zur Verfügung stehen? Herr Görbitz (IT-Koordinator Verwaltung) erklärt, dass diese Geräte entsprechend der Richtlinie in der Schule nicht genutzt werden dürfen. Zum Ende der Pandemie werden die Geräte in das Schuleigentum der Schulen übergehen.

Weiterhin fragt Ratsherr Donner (SPD), ob mit den Mitteln für die Schulen auch für die digitale Ausstattung im Unterricht gesorgt wurde?

Herr Görbitz führt aus, dass in der RS Mitte acht digitale Tafeln, ein 3D-Drucker und 42 Ipad's für den Unterricht beschafft werden konnten. Das Ziel ist, dass in jedem Klassenraum eine digitale Tafel verfügbar ist. Das kann nicht in einem Jahr für insgesamt neun Schulen in Trägerschaft der Stadt umgesetzt werden. Zur Kenntnis teilt Herr Görbitz weiter mit, dass das Land zwar Mittel für die Beschaffung von mobilen Endgeräten zur Verfügung stellt, aber die Kosten für den jährlichen Betrieb vom Schulträger übernommen werden müssen. Dafür sind jährlich 15.000 € eingeplant.

Herr Mühle (SKE DIE LINKE) fragt für sein Verständnis nach, ob er es richtig verstanden hat, dass 528 Ipad's „im Schrank liegen“? Herr Görbitz (Verwaltung) erklärt dazu, dass auf Grund der bestehenden Förderrichtlinie dieses Verfahren so vorgeschrieben ist.

Herr Görbitz (Verwaltung) informiert über die Richtlinie für das Lehrerendgeräteprogramm, die seit 14.09.21 gültig ist. Es sollen 181.315,20 € zur Verfügung stehen, um Lehrkräfte auszustatten. Die Umsetzung soll bis zum Ende des Jahres 2021 abgeschlossen sein. Mit den Mitteln sollen 237 Lehrkräfte mit Geräten ausgestattet werden. Auch hier kommen wieder die Folgekosten für Service, Wartung und Betriebskosten in Höhe von 15.000 € p. a. für den Träger dazu.

Ratsfrau Reinsdorf (DIE LINKE) fragt an, was mit den nicht ausgegebenen finanziellen Mitteln passiert? Herr Görbitz sagt dazu, dass sobald die Mittel durch das Land ausgezahlt wurden, die Geräte beschafft werden können. Es erfolgte eine sehr gute Vorarbeit durch vorige Bedarfsabfragen in den Schulen. Somit konnte der Bedarf bei der IKT Ost angemeldet, und die Bereitstellung und Ausstattung durch die IKT Ost bereits geplant werden.

Weiterhin berichtet Herr Görbitz über die Lernplattform „itslearning“. Es gab anfänglich Startschwierigkeiten im System. Die Bereitstellung erfolgte durch das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur. Der First Level Support ist über die IKT Ost abgedeckt.

Wichtig ist, dass „itslearning“ auch in den Unterricht integriert wird und regelmäßig verwendet wird. Wenn die Software nicht regelmäßig genutzt wird, geht Anwender-Wissen verloren. Herr Hohn erklärt dazu, dass die homogene Ausstattung in der RS Mitte unerlässlich ist, um „itslearning“ für den fächerübergreifenden Unterricht umsetzen zu können. Das Problem ist, dass Endgeräte für den Präsenzunterricht fehlen und auch die Fortbildung der Lehrkräfte ist unumgänglich.

Ratsfrau Reinsdorf (DIE LINKE) fragt an, ob die Lernplattform „itslearning“ nur in Mecklenburg-Vorpommern verwendet wird? Herr Görbitz erklärt, dass dieses System auch in anderen Bundesländern und Ländern wie Schweden u. ä. genutzt wird und Mecklenburg-Vorpommern kein Testbundesland ist. Wichtig ist die Schulung der Pädagogen, um das System maximal zu nutzen.

Ratsherr Giermann (CDU) bedankt sich für den gewährten Einblick von Herrn Görbitz (Verwaltung) und Herrn Hohn (IT-Ansprechpartner der RS Mitte) und übergibt das Wort an Herrn Nonnenmacher, Leiter der IKT Ost.

9. Arbeit der IKT Ost – Digitalisierung an Schulen – während der Pandemie (Leiter der IKT Ost – Herr Nonnenmacher)

Herr Nonnenmacher dankt für die Einladung und gibt noch ergänzende Ausführungen zu den bisherigen. Er erläutert, dass die Umsetzung des Digitalpakts und für die Digitalisierung in und mit den Schulen durch den Schulträger in Neubrandenburg in Mecklenburg und darüber hinaus sehr bemerkenswert ist. Alle Schulen in Neubrandenburg sind mit einem Breitbandkabelnetz mit Glasfasernetz verbunden.

Er stellt die IKT Ost vor und erklärt den Aufbau. Er würdigt die pädagogische Leistung der Lehrerinnen und Lehrer und erklärt auch, dass der Administrator der IKT Ost nicht ständig in der Schule vor Ort sein kann. Das Land M-V hat Anfang des Jahres eine Vereinbarung der Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden und dem Landkreistag unterschrieben und eine digitale Strategie entworfen. Diese beinhaltet, dass alle Schulen Mecklenburg-Vorpommers und damit auch in Neubrandenburg Glasfaser bekommen. Das wichtigste ist die Infrastruktur in den Schulen.

Notwendig dazu ist die Erstellung eines Medienbildungskonzeptes. Auf Grundlage des Medienbildungskonzeptes wird die Arbeit durch die IKT Ost verrichtet. Er berichtet, dass die Digitaltechnik, die neu erstellt wurde, wenige Probleme bereitet und demzufolge der zuständige IT-Administrator der IKT Ost wenig vor Ort ist. Momentan werden Gespräche geführt, wie das Medienbildungskonzept im Jahr 2022 weiter umgesetzt werden kann. Er verweist nochmals darauf, dass Lernen, jederzeit an jedem Ort und endgeräteunabhängig ermöglicht werden soll. Die Vorstellung ist, dass der IT Support immer funktionieren soll und auch die Pädagogen für die Fragen der Schüler*innen zur Verfügung stehen. Die Standardisierung der Technik an Schulen ist unumgänglich und es erfolgen Gespräche mit Schulträgern, auch was die Organisation der Ausbildung und Einweisung betrifft. Es werden zukünftig viele Informationen digital zur Verfügung stehen, auch personengebundene Daten wie z. B. das digitale Klassenbuch.

Ratsherr Mühle (DIE LINKE) fragt nach, wie sich das Hosting von „itslearning“ gestaltet? Die Software „itslearning“ läuft über den kommunalen Rechenzentrumsverbund der Stadtwerke Neu ITEC und ist technologisch abgestimmt mit Rostock und Schwerin, so dass in Mecklenburg-Vorpommern auf der Ebene kommunaler IT alle das gleiche nutzen. Das Hosting der Software „itslearning“ ist im Ergebnis einer Ausschreibung des Landes M-V an einen Dienstleister erfolgt, der sein Rechenzentrum innerhalb von Deutschland hat.

Weiterhin erklärt Herr Nonnenmacher, dass jeder Schüler eine eigene digitale Identität für die Anmeldung an den digitalen Tafeln, im WLAN und den entsprechenden Computerkabinetten haben soll und hier weiterhin an der Umsetzung gearbeitet wird.

Anfang des Jahres gab es einen Fördermittelantrag im Auftrag der Landkreise Vorpommern-Greifswald und Mecklenburgische Seenplatte und im Sommer wurde mitgeteilt, dass die IKT Ost den Zuschlag erhalten hat. Kern des Projektes ist, die Daseinsvorsorge in der Region zu entwickeln. Es besteht der Anspruch der digitalen Inklusion aller Gruppen. Herr Nonnenmacher informiert über das digitale Klassenzimmer in der Eschengrunder Straße und lädt ein, sich vor Ort zu informieren und dieses auch zu testen.

Ratsherr Giermann (CDU) bedankt sich bei Herrn Nonnenmacher für die eindrucksvollen Ausführungen und würdigt die gute Zusammenarbeit zwischen Schulträger und der IKT Ost sowie in den Schulen. Gleichzeitig bedankt er sich bei Herrn Görbitz (Verwaltung) und Herrn Hohn (IT-Ansprechpartner RS Mitte).

11. Stadtmarketingkonzept der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg und dessen Umsetzung hier: Grundsatzbeschluss BV/VII/0279

Ratsherr Giermann (CDU) begrüßt Frau Seidel (Verwaltung) zur Vorstellung des umfangreichen Stadtmarketingkonzeptes und verweist darauf, dass dieses Konzept in fast allen Fachausschüssen diskutiert wird.

Frau Seidel (Verwaltung) stellt das Stadtmarketingkonzept und das passende Organisationsgutachten vor. Im Jahr 2020 wurde begonnen, das Stadtmarketingkonzept zu erarbeiten. Für die Erstellung des Stadtmarketingkonzeptes standen Experten der Raumplanung, einem Berliner Büro zur Seite und für das Organisationsgutachten gab es ebenfalls eine Firma, die auf Organisationsmodelle spezialisiert sind. Das Stadtmarketingkonzept lag in den Händen von Frau Seidel und das Organisationsgutachten bei Herrn Bachmann. Herr Bachmann ist nicht zugegen, da er im Finanzausschuss die Konzepte vorstellt.

Für das Stadtmarketingkonzept wurde klassisch begonnen und viel analysiert über Stärken und Schwächen, in einer Fachkonferenz mit vielen Beteiligten, auch Mitglieder der Fraktionen

gesprochen und es wurde eine Bürgerbeteiligung initiiert. Es wurde durch die Raumplaner ein interner Workshop durchgeführt. Aus allen Komponenten wurden Handlungsfelder und Maßnahmen abgeleitet und es konnte ein Maßnahme Katalog vorgelegt werden. Es wurden speziell für Neubrandenburg zwei Handlungsfelder entwickelt „Erlebnismarketing“ und „Standortmarketing“ und hier wurden Maßnahmen eingebracht. Ziel dieser Maßnahmen ist es, dass das Potenzial der Stadt gezeigt wird, Aufmerksamkeit zu erlangen und die Stärke der Stadt zu präsentieren. Gleichzeitig wurde ein Organisationsgutachten erarbeitet, um dieses Konzept umzusetzen. Das bedeutet, dass Personal, Experten und ggf. neue Strukturen benötigt werden. Es wurden viele Gespräche mit dem Oberbürgermeister, Mitarbeitern der Verwaltung, NEUWOGES Neubrandenburg usw. durchgeführt. Das Resultat waren drei mögliche Organisationsmodelle, Neustrukturierung mit kleinen Veränderungen, Erlebnis- und Standortmarketing zu gliedern in zwei Einheiten und ein Organisationsmodell in einer Gesellschaft. Das 2-Säulen-Modell „Erlebnis- und Standortmarketing“ war der Favorit und soll dem VZN zugeordnet werden. Dieses sieht vor, dass die Umsetzung beim Veranstaltungszentrum GmbH (VZN) erfolgt. Das VZN benötigt dafür Personal, hier wurden 3 Stellen berechnet und es wird ein weiterer Geschäftsführer benötigt, der zu 50 % beim VZN tätig ist und 50 % verantwortlich sein wird für die Umsetzung des Marketingkonzepts in einer neuen Abteilung in der Verwaltung der Stadt Neubrandenburg. Damit verbunden war eine Verlagerung der Tourismusinformation in den Zuständigkeitsbereich des Erlebnismarketing VZN. Bislang gab es Doppelstrukturen in der Verwaltung, die dadurch abgebaut werden sollen. Es soll eine weitere Stelle geben für Standortmarketing innerhalb der Verwaltung. Das Fazit ist, dass das Erlebnismarketing in einer Organisation gebündelt und eine Anlaufstelle für Tourismusmarketing sowie Kultur- und Sportmarketing geschaffen wird. Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit wird direkt dem OB unterstellt. Angedacht ist, einen Aufsichtsrat der VZN zur Seite zu stellen mit Vertretern der Fraktionen und aus externen Partnern wie z. B. die NEUWOBA. Es ist notwendig, dass die Stadtvertreter einen Maßnahme Plan verabschieden. Zum Thema Stadtmarketing stellt Frau Seidel das neue Logo mit der seit 2019 offiziellen Bezeichnung „Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg“ und einer modernen Anpassung vor.

Ratscherr Giermann (CDU) bedankt sich bei Frau Seidel (Verwaltung) und erklärt, dass dieses Konzept ein erstes professionelles Marketingkonzept ist.

Ratscherr Donner (SPD) bedankt sich für die Präsentation und fragt an, ob dieses Konzept nicht nur eine Umstrukturierung darstellt, sondern eine Neuschaffung beinhaltet und damit verbunden sind die Schaffung von vier neuen Stellen. Ihm stellt sich die Frage, woran kann der Erfolg gemessen werden? Frau Seidel antwortet, dass der Erfolg nicht messbar ist und geht davon aus, dass die nächsten fünf Jahre ein Zuschussgeschäft sind.

Frau Reinsdorf (DIE LINKE) schlägt vor, dass alle zwei Jahre eine Konzeptkontrolle erfolgt und ggf. Nachsteuerungen erforderlich sind. Frau Seidel erklärt auch, dass die Umsetzung von den finanziellen Möglichkeiten abhängig ist.

Ratscherr Donner (SPD) fragt an, ob es vorgesehen ist, die Stellen gleich voll zu besetzen oder ob die Besetzung nacheinander erfolgen wird? Frau Seidel erklärt, dass es vorgesehen ist, eine Stelle aus dem Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in das VZN umzusetzen. Weiterhin ist geplant, die Ausschreibung der Stelle als Geschäftsführer nach dem Beschluss durch die Stadtvertretung umzusetzen.

Der Ausschuss für Generationen, Bildung und Sport hat folgendes Votum zur BV/VII/0279 abgegeben:

Beratung im	Sitzungsdatum	Abstimmungsergebnis				Bemerkungen	BV/VII/0279
		Ja	Nein	Enth.	Befang.		
Ausschuss für Generationen, Bildung und Sport	22.09.21.	11	-	-	-		TOP 11

12. Beschluss über die Annahme einer Geldzuwendung des Herrn Philipp Amthor durch den Hauptausschuss für das III. Quartal 2021 - Geldzuwendung für die Herstellung einer Platte des „Walk of Sport“ zur Ehrung der Frau Franka Dietzsch BV/VII/0288

Der Ausschuss für Generationen, Bildung und Sport hat folgendes Votum zur BV/VII/0288 abgegeben:

Beratung im	Sitzungsdatum	Abstimmungsergebnis				Bemerkungen	BV/VII/0288
		Ja	Nein	Enth.	Befang.		
Ausschuss für Generationen, Bildung und Sport	22.09.21.	11	-	-	-		TOP 12

10. Vertrag zur Weiterführung der Lehrpraxisstelle Oststadt zwischen der Hochschule Neubrandenburg und der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg (Leitung Projekt Lehrpraxisstelle – Herr Prof. Dr. Kai Brauer und Verwaltung) BV/VII/0289

Ratsherr Giermann (CDU) begrüßt Herrn Prof. Dr. Brauer und übergibt das Wort an Herrn Ramp (ABL SSG) und anschließend an Herrn Prof. Dr. Brauer.

Herr Ramp (ABL SSG) stellt die Beschlussvorlage vor. Der Hintergrund ist, dass seit 2012 eine Lehrpraxisstelle der Hochschule Neubrandenburg in der Oststadt existiert. Ziel der Lehrpraxisstelle ist es, den Austausch zwischen Lehre und Forschung der Hochschule und der praktischen Gemeinwesenarbeit (GWA) zu ermöglichen. Studierende erhalten die Möglichkeit, sich mit sozialpädagogischen Ansätzen der GWA vertraut zu machen. Inhaltlich geht es darum, beispielhaft zu zeigen, wie unter den Bedingungen massiver städtebaulicher und sozialdemographischer Veränderungen in einem Stadtteil bürgerschaftliches Engagement gelebt und gefördert werden kann.

Zur Sicherstellung und Finanzierung des Stadtteilbüros wurden befristete Kooperationsverträge zwischen der Neubrandenburger Wohnungsbaugenossenschaft eG (Neuwoba), der Neubrandenburger Wohnungsgesellschaft mbH (Neuwoges), der Hochschule Neubrandenburg und der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg geschlossen. Seit dem Jahr 2019 konzentrieren die Neuwoba und die Neuwoges ihre Stadtteilarbeit in der Südstadt und auf dem Datzeberg in Stadtteilbüros in Kooperation mit dem ASB.

Alle Beteiligten sind sich darüber einig, dass die wissenschaftliche Arbeit der Neubrandenburger Hochschule in der Oststadt auch weiterhin fortgesetzt werden soll, um die praktische Gemeinwesenarbeit mit wissenschaftlichen Erkenntnissen und Modellprojekten zu unterstützen. Die Ergebnisse können und sollen ggf. auch auf andere Stadtgebiete übertragen werden.

Zur Sicherstellung der Finanzierung sollen die Wohnungsunternehmen weiterhin die Mietkosten für das Büro in der Oststadt übernehmen und die Hochschule und die Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg tragen die Personal- und weiteren Sachkosten für die nächsten zweieinhalb Jahre.

Herr Prof. Dr. Brauer informiert, dass es in der Oststadt seit 2012 die Stadtteilarbeit gibt. Angefangen wurde auf dem Datzeberg im Jahre 2000. Ein Schwerpunkt ist die Gemeinwesenarbeit. Er berichtet, dass ihm der Kontakt zur Stadt Neubrandenburg wichtig war. Die Lehrpraxisstelle dient dazu, praktisch nachzuvollziehend zu arbeiten. Die Arbeit ist von wechselseitigem Austausch geprägt und ihm ist es wichtig, dass diese Aufgabe erhalten bleibt. Die Vermittlung aus Erfahrungen aus der Praxis ist anstrengend und die Zielstellung ist die, den stetigen Austausch zwischen Hochschule und der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg zu erhalten. Die großen Anbieter der Stadt können so einen Austausch untereinander vornehmen.

Ratsherr Giermann (CDU) fragt Herrn Ramp, ob der Vertrag einsehbar ist. Herr Ramp antwortet, dass der Vertrag noch nicht unterzeichnet und beschlossen ist und teilt mit, dass dieser zur Verfügung gestellt werden kann.

Ratsfrau Reinsdorf (DIE LINKE) fragt bezüglich der finanziellen Mittel an, ob diese bereits eingeplant wurden. Darauf antwortet Herr Ramp, dass Mittel in Höhe von 30.000 € aus dem Teilhaushalt 8 generiert werden, aus dem Vereinssport und dadurch für den Vereinssport keine Einschränkungen resultieren. 10.000 € müssen zusätzlich im Teilhaushalt aufgenommen werden.

Ratsherr Giermann (CDU) fragt an, ob eine zusätzliche Aufnahme von Mitteln zu den freiwilligen Leistungen möglich ist, um den Teilhaushalt nicht zusätzlich zu belasten. Herr Ramp erklärt, dass diese Option geprüft wurde, in der derzeitigen Planungsphase aber keine Möglichkeit seitens des Finanzservice gesehen wird.

Herr Jeschke (SKE CDU) äußert sich dazu, dass er nicht versteht, dass 30.000 € aus dem Sport nicht ausgegeben wurden. Er spricht sich dafür aus, dass dieser Betrag nicht aus dem Haushalt Wohlfahrtspflege, Sport oder Kultur genommen wird.

Ratsfrau Barthel (fraktionslos) fragt auch an, wofür die 40.000 € verwendet werden? Herr Prof. Dr. Brauer erklärt, dass die Projektkosten in Höhe von ca. 60.000 € anfallen und die Hochschule Neubrandenburg trägt 20.000 €. In den 40.000 € sind auch Ausstattungskosten und Personalkosten dabei.

Ratsherr Donner (SPD) erklärt, dass er Herrn Jeschke (SKE) zustimmt und fragt, ob es noch andere Deckungsquellen für diesen Betrag geben könnte? Herr Ramp wird diese Frage mit dem Finanzservice klären.

Ratsherr Giermann (CDU) fragt, warum die Wohnungsgesellschaften die Kooperation nicht mehr unterstützen und warum sie jetzt ein Büro für den ASB eröffnet haben und er fragt nach konkreten Fortschritten, die durch die Arbeit erreicht werden sollen?

Herr Prof. Dr. Brauer erklärt, dass die Arbeit mit der einen Stelle des ASB nicht vollständig abgedeckt ist und meint, dass eine Stelle nicht ausreichend sei. Die Hochschule hat die Tradition mit der Stadt zu kooperieren und durch das Engagement soll auch eine Schnittstelle bleiben. Die Hochschule Neubrandenburg als Einzelstandort für soziale Arbeit möchte einer Stadt in M-V kooperieren.

Ratsfrau Barthel (fraktionslos) fragt wie sich die Stelle gestaltet? Darauf antwortet Prof. Dr. Brauer, dass es einen Kollegen vor Ort gibt, um die Kontakte zu Studierenden zu halten und Ansprechpartner zu vermitteln. Dieser hält den Kontakt zur Hochschule Neubrandenburg.

Ratsfrau Reinsdorf (DIE LINKE) fragt an, ob diese Beschlussvorlage als Wiedervorlage in der nächsten Sitzung des Ausschusses behandelt werden kann?

Herr Ramp (ABL Verwaltung) antwortet, dass die Diskussion im nächsten Ausschuss fortgeführt werden könnte. Er gibt zu dieser Problematik den Hinweis, dass mit dieser Stelle Untersuchungen mit wissenschaftlicher Begleitung im Bereich der Oststadt angestrebt werden und gerade in Hinsicht auf die Möglichkeit der Stelle Kinder- und Jugendbeauftragte die Anwendung der Forschung für den Bereich Oststadt von großem Interesse ist. Er weist daraufhin, dass nicht jede Stadt diese Möglichkeiten hat.

Herr Jenewsky (Koordinator für Generationen) erläutert die Arbeit der Lehrpraxisstelle Oststadt aus seiner Sicht. Diese Stelle ist eine fachliche Schnittstelle zwischen der Stadtteilarbeit der Stadt und der Wohnungswirtschaft. Hier haben wir einen Partner, der diese Tätigkeit wissenschaftlich aufbereitet. Es können neue Methoden aus der Hochschule Neubrandenburg eingebracht werden und die Studierenden bringen neue Ideen für die Oststadt hinein. Der demographische Wandel sollte gemeinsam begleitet werden. Durch die Lehrpraxisstelle gibt es neue Inputs zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts. Daneben fördert sie die Integration von Studierenden, Studienarbeiten und es können über die Arbeit in der Lehrpraxisstelle Abschlussberichte geschrieben werden. Es ist eine einmalige Chance wissenschaftlich zu agieren und das sollte genutzt werden. Er verweist nochmals darauf, dass diese Möglichkeit in Neubrandenburg durch die Hochschule einmalig in MV ist. Eine Zusammenarbeit mit dem ASB wird angestrebt, um diese Chance in der Oststadt tätig zu sein, voranzubringen. Es wurde ein Fonds in Höhe von 10.000 € mit in den Vertragsentwurf integriert, der für kleine Projekte dynamisch genutzt werden soll. Die Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Wohnungsunternehmen dient der Oststadt und anderen Regionen Neubrandenburgs. Herr

Jenewsky sieht die Hochschule Neubrandenburg als sehr guten Partner für die Zukunftswerkstatt der Kommunen, um in der Stadt Neubrandenburg voranzukommen.

Ratsherr Giermann (CDU) bedankt sich und verweist darauf, dass die Lehrpraxisstelle nicht neu ist und wünscht sich eine Übersicht, welche Projekte in den letzten neun Jahren realisiert wurden und welche Ergebnisse vorzuweisen seien.

Herr Jeschke (SKE) verweist auch nochmal darauf, dass es die Lehrpraxisstelle seit 2012 gibt und möchte am Protokoll eine Übersicht haben, was bereits erreicht wurde. Er äußert sich, dass es die Jugendarbeit im Landkreis MSE liegt und ihm ist es wichtig, Mittel aus anderen Haushaltsstellen zur Verfügung zu stellen.

Der Ausschuss für Generationen, Bildung und Sport hat folgendes Votum zur BV/VII/0289 abgegeben:

Beratung im	Sitzungsdatum	Abstimmungsergebnis				Bemerkungen	BV/VII/0289
		Ja	Nein	Enth.	Befang.		
Ausschuss für Generationen, Bildung und Sport	22.09.21.	-	6	5	-		TOP 10